

1 **Schule von morgen – Elternwille gestern!**

2

3 **Leitantrag des Landesvorstands der Schüler Union Niedersachsen**

4 **zum 37. Landesdelegiertentag (LDT) am 09./10. August 2008 in Hannover**

5 *Verfasser: Michael Weickert und Marius Wüstefeld*

6

7 **Einleitung**

8 Seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP im Jahr 2003 unternimmt die
9 Landesregierung, in Kenntnis der künftigen Situation der Demographie und der
10 Bildungsqualität, zahlreiche Reformen.

11 Auf dem Weg hin zur Eigenverantwortlichen Schule wurde 2004 die Orientierungsstufe
12 (OS) abgeschafft, das, Praxistage an Hauptschulen durchgeführt Zentralabitur mit
13 Profiloberstufe nach 12 Jahren eingeführt und zentrale Prüfungen an Haupt- und
14 Realschulen eingeführt. Zu weiteren Stärkung der Bildungsqualität richtete das Land
15 2005 die Niedersächsische Schulinspektion ein, die seitdem regelmäßig alle Schulen in
16 Niedersachsen überprüfen soll.

17 Der Wandel der Altersstruktur wird in den nächsten Jahren für einen merklichen
18 Rückgang der Schülerzahlen sorgen. Durch die verschiedenartige Zusammensetzung der
19 Schülerschaft gewinnt der Aspekt der Chancengerechtigkeit immer mehr Bedeutung.
20 Herausforderungen für Land und kommunale Schulträger sind ebenso eine dauerhafte
21 wie flächendeckende Bildungsversorgung.

22

23 **Das gegliederte Schulsystem**

24 Im Landtagswahlkampf 2008 wurde durch SPD, Grüne und Linkspartei die Forderung
25 erneuert, Gemeinschaftsschulen verpflichtend in ganz Niedersachsen einzuführen.
26 Damit wäre das Ende des gegliederten Schulsystems besiegelt gewesen und es wäre nur
27 wenige Jahre nach der Abschaffung der OS und Einführung der Eigenverantwortlichen
28 Schule zu einer beispiellosen Schulstrukturänderung mit verheerenden Folgen für
29 künftige Generation gekommen. Die strukturellen und finanziellen Vorteile des
30 gegliederten Schulsystems sind dagegen offensichtlich: Durch eine frühzeitige und
31 leistungsgerechte Differenzierung der Schüler können diese erst gemäß ihrer Stärken
32 und Schwächen gefördert werden. Dieser Grundgedanke lässt sich allerdings nur
33 aufrechterhalten, wenn die Erziehungsberechtigten auch tatsächlich dazu bereit sind,

34die durch die Grundschule attestierte Leistungsfähigkeit ihrer Kinder anzuerkennen.
35Aus diesem Grund ist der Freie Elternwille überflüssig. Es entbehrt schlicht jeder Logik,
36dass nicht die schulischen Leistungen und von Pädagogen erstellte
37Entwicklungsprognosen für den Besuch einer weiterführenden Schule ausschlaggebend
38sind, sondern Eltern in der Praxis allzu oft unabhängig davon entscheiden. Nur wenn die
39Politik ernsthaft an einem Erhalt des gegliederten Schulwesens interessiert ist, wird sie
40auf lange Sicht nicht am Freien Elternwillen festhalten können. Um den Eltern aber
41weiterhin ein Mitspracherecht bei der Schulwahl ihrer Kinder zu gewähren, fordert die
42SU verbindliche Aufnahmeprüfungen für diejenigen, die eine Schulform, abweichend
43von der Empfehlung der Grundschule besuchen wollen.

44

45Es lässt sich eine Art Schülerwanderung feststellen, die von der Realschule zum
46Gymnasium und von der Haupt- zur Realschule von Statten geht. Dadurch sinkt die
47Qualität des Unterrichtes an allen drei Schulformen, da eine Leistungsspitze an
48Schülerschaft fehlt. Das Mittelfeld ist, durch die Abwanderung der Leistungsträger an
49die nächst höhere Schulform, in die Rolle der Leistungsträger aufgerückt, da die
50Lehrkräfte ihren Unterricht nur an den Möglichkeiten der Lerngruppe ausrichten
51können.

52Aber die Gesamtschule ist kein probates Mittel, um dieses Problem zu lösen. Denn
53dieses Modell beraubt die Schule nicht nur der Dynamik sondern ist zusätzlich deutlich
54teurer, sofern eine individuelle Förderung in dieser dafür an sich ungünstigen Situation
55angestrebt wird. Die Gesamtschule vertritt den Anspruch durch kleinere Lerngruppen
56gezielter zu fördern. Daraus folgt, dass erheblich mehr Lehrerstunden benötigt würden,
57die finanziert werden müssten. Da die desaströse finanzielle Situation der öffentlichen
58Haushalte es verbietet diesen enormen Aufwand zu erbringen, bedeutete die
59Einführung der Gesamtschule zwangsläufig höhere Ausgaben. Es ist also in zweifacher
60Hinsicht nicht im Sinne der Schüler, da sie einerseits nicht besser gefördert und
61zusätzlich durch neue Schulden belastet werden würden.

62Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Bereich der Haupt- und Realschule gewiss
63noch Reformbedarf in Hinsicht auf Praxisorientierung besteht. Am Grundsatz des
64gegliederten Schulwesens aus Berufsbildenden-, Fördernden und Weiterführenden
65Schulen, muss festgehalten werden. Insbesondere für den ländlichen Raum müssen
66vielfältige Schulstandorte erhalten bleiben, damit dieser nicht noch mehr an

67Attraktivität verliert. Zwar gibt es Fehler im System, die von uns durchaus anerkannt
68werden und die wir verändern wollen, doch ist das System in seiner Gesamtheit nicht in
69Frage zu stellen.

70

71 **Unterrichtsqualität**

72Ein wichtiger Faktor in der Schulinspektion ist logischerweise die Überprüfung der
73Qualität des Unterrichtes. Ohne eine akzeptable Bewertung des Unterrichtes kann eine
74Schulinspektion nicht mit einer positiven Bilanz die Schule wieder verlassen.

75Von daher ist dieser Bereich jetzt und in Zukunft von großer Bedeutung für die
76alltägliche Arbeit der Schulen. Die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung trägt
77der Schulvorstand, der die Arbeit in diesem Bereich zu koordinieren und über ihre
78Ergebnisse abzustimmen hat, bevor sie von der Gesamtkonferenz endgültig
79verabschiedet werden.

80Allerdings sollte vorab geklärt werden, dass es keine allgemein gültige Definition von
81gutem Unterricht gibt und dass sich alle Beteiligten auch von der Position
82verabschieden müssen, dass „guter Unterricht“ definiert werden kann. Wichtig ist
83jedoch, dass dort, wo ein Eingreifen in die individuellen Spielräume der Lehrkräfte zu
84Gunsten einer standardisierten Vorgehensweise sinnvoll ist, tatsächlich die Qualität
85verbessert wird. Ein Bereich wäre hier zum Beispiel Grundsätze der
86Hausaufgabenstellung, die u.a. zu einer besseren Vergleichbarkeit der außerschulischen
87Arbeit führen würde.

88Damit Qualität verbessert werden kann, ist es zugleich unerlässlich, dass sie einerseits
89gemessen und andererseits stetig überprüft wird. Dies wird auch durch Vorgaben des
90Niedersächsischen Kultusministeriums und der Schulinspektion geregelt. Die Schulen
91sollen verpflichtet werden in regelmäßigen Abständen Selbstevaluationen
92(Eigenüberprüfungen) ihrer Arbeit durchzuführen; als Ergänzung zur Evaluation der
93Schulinspektion, die circa im Abstand von fünf Jahren eine komplette Überprüfung der
94Schule durchführt. Hierbei ist zu beachten, dass es eine Menge verschiedener
95Möglichkeiten zur Selbstevaluation gibt.

96Die Art und Weise obliegt der Eigenverantwortung der Schulen.

97

98Als Schüler Union Niedersachsen sind wir der Überzeugung, dass sich die Erfolge guten
99Unterrichts zu einem enormen Anteil an der Lernentwicklung der Schüler messen lässt.

100Deshalb ist es auch aus unserer Sicht unerlässlich, dass Schülervetreter in die Arbeit an
101der Verbesserung der Unterrichtsqualität eingebunden werden. Zwar sind Schüler keine
102ausgebildeten Pädagogen, aber sie sind es, an denen neue Methoden ausprobiert
103werden. Von daher haben sie oftmals einen anderen und differenzierteren Blickwinkel
104auf den Unterricht.

105Wie die Schulen letztlich eine Schülerbeteiligung umsetzen, soll den einzelnen
106Schulvorständen überlassen werden. Ein bewährtes Modell ist die Einsetzung einer
107Steuergruppe zur Qualitätsentwicklung, in der die Lehrkräfte zwar die Mehrheit haben,
108aber Schüler zumindest beteiligt werden. Diese soll im Auftrag des Schulvorstandes die
109Qualitätsentwicklung koordinieren und Abstimmungsvorlagen für den Schulvorstand
110erarbeiten.

111

112

113**Herausforderung Demographischer Wandel und Integration**

114Der demographische Wandel – Schlagwort für die Überalterung unserer Gesellschaft.
115Viel wird in diesem Zusammenhang über die künftige Finanzierbarkeit der
116Sozialstandards unseres Sozialstaats diskutiert. „Ist die Rente sicher?“ und „bleibt
117Gesundheit bezahlbar?“ sind hier die Fragen. Doch wie sieht es mit den Auswirkungen
118auf die niedersächsische Schullandschaft aus und welche notwendigen Reformen bringt
119dieser mit sich?

120Festszuhalten ist, dass der Demographische Wandel eine besondere Herausforderung
121für die künftige Bildungspolitik darstellt. Durch zahlenmäßig schwächer werdende
122Jahrgänge sind beispielsweise viele Schulen im ländlichen Raum in ihrer Existenz
123bedroht und die flächendeckende Bildungsversorgung ist in Gefahr. Eine
124vorausschauende Schulentwicklungsplanung kann hier schon heute vor Ort die
125zukünftigen Veränderungen der Schülerzahlen aufzeigen. Sie ist daher unabdingbar.

126Die möglichst wohnortnahe Beschulung in einem Zweig des gegliederten Schulsystems
127muss jedoch auch künftig ermöglicht werden. Dafür wird eine finanzielle Unterstützung
128der Kommunen, als Schulträger und Verantwortlicher für die Schülerbeförderung, durch
129das Land nötig. Der in diesem Zusammenhang, vor allem von kommunalen
130Mandatsträgern aller Parteien, erhobene Ruf nach Gesamtschulen, als billige und
131einfache Möglichkeit des zukünftigen Schulangebots, konterkariert dabei jedoch alle

132notwenigen Anstrengungen zur Steigerung der Bildungsqualität und setzt eine gute
133Zukunft der andernfalls künftig gut ausgebildeten Schüler leichtfertig aufs Spiel.

134

135Schon einfache mathematische Gedankenspiele belegen, dass die Bundesrepublik auf
136Einwanderung setzen muss, um Wohlstand dauerhaft zu garantieren. In diesem Sinne
137hat die Bundesbildungsministerin eine Herabsetzung des nötigen Jahresbruttolohns auf
13850000 Euro gefordert, die es vermehrt qualifizierten Zuwanderern ermöglichen soll, sich
139in Deutschland niederzulassen.

140Durch diese wünschenswerte Zuwanderung ergibt sich eine jedoch weitere Belastung
141für das Schulsystem, da die bestehende Integrationsproblematik weiter verschärft
142würde. Deshalb stellt der Demographische Wandel nicht nur einen zusätzlichen
143Aufwand für die Kommunen dar, sondern auch auf die Lehrkräfte kommen durch die
144Auseinandersetzung mit Integrationsfragen höhere Anforderungen zu. Lehrkräfte
145müssen auf diese Frage durch Fortbildungen (in der unterrichtsfreien Zeit) speziell
146vorbereitet werden.

147

148**Unsere Forderungen**

149Die Schüler Union Niedersachsen ist von daher zu dem Ergebnis gekommen, dass sich
150die Landesregierung klar zur Hauptschule bekennen muss. Die Hauptschule ist eine
151Schulform mit Chance, da sie kleine Klassengrößen und somit eine individuellere
152Förderung bieten kann. Es muss möglich sein, mit einem guten und sehr guten
153Hauptschulabschluss die Möglichkeit zu erhalten, eine Mittlere Reife zu erwerben,
154ebenso wie es möglich sein muss, mit einer guten bis sehr guten Mittleren Reife die
155Möglichkeit zu erhalten, die Gymnasiale Oberstufe und ein Abitur zu absolvieren.
156Erreicht man dies, ist es den Eltern besser vermittelbar, den freien Elternwillen
157endgültig abzuschaffen. Der freie Elternwille wirkt sich oftmals nur zum Nachteil für die
158Kinder aus, da die Bewertung der Grundschule zu ca.90% zutrifft und eine
159Überforderung der Kinder daher in vielen Fällen gegeben ist. Ist eine hohe
160Durchlässigkeit gegeben, dann ist ein „Durchmarsch“ von der Hauptschule zum Abitur
161möglich, sofern die Fähigkeiten der Schüler dies hergeben.

162

163

164Damit solche Entscheidungen aber auch wirklich umgesetzt und nicht in einem Prozess
165der ewigen Debatte ausgehöhlt werden, muss die Gesamtkonferenz als
166Entscheidungsträger für Projektwochen und die Qualitätsentwicklung abgelöst werden.
167So kann Schule mit ihren vielfältigen Aufgaben, die sie heute hat, effizienter und
168schneller arbeiten. Diese Kompetenzen sind dann auf den Schulvorstand zu übertragen.
169Die Gesamtkonferenz als Entscheidungsträger über schulalltägliche Angelegenheiten
170hat sich in der Zeit der Eigenverantwortlichen Schule überlebt und ist momentan
171ohnehin oftmals nicht mehr als ein reines Diskussions- und Profilierungsforum.
172All diese Forderungen sind die Weiterentwicklungen der Forderungen der Schüler Union
173Niedersachsen vom 34. LDT in Göttingen 2005. Schulvorstand und Eigenverantwortliche
174Schule sind mittlerweile Realität geworden. Jetzt müssen diese Errungenschaften nicht
175nur bewahrt, sondern auch so gestaltet werden, damit niedersächsische Schulen im
176internationalen Vergleich ihren Standard verbessern können.

177

178**Fazit**

179Die Anforderungen an Schule sind in den letzten Jahren enorm gewachsen. Völlig neue
180Herausforderungen bestimmen durch die neue Eigenverantwortung den Schulalltag.
181Eines wird jedoch oftmals von den verantwortlichen Behörden, die die Vorgaben zur
182Qualitätsentwicklung liefern übersehen. Die Qualität einer Schule definiert sich über die
183Qualität des Unterrichtes. Wenn aber die Lehrkräfte aufgrund der Überbeanspruchung
184durch eine zu umfassende Neuorientierung (z.B. Verwaltungstätigkeiten) der Schule in
185verschiedenen Bereichen eingebunden sind, verlieren sie Zeit für
186Unterrichtsvorbereitungen, wodurch die Qualität des Unterrichtes abnimmt. Deshalb
187sollten es die übergeordneten Behörden den Schulen in ihrer Eigenverantwortung
188überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte im Bereich der Qualitätsentwicklung setzen.
189Das gesellschaftliche Gesamtprojekt Schule kann auch im 21. Jahrhundert nur gelingen,
190wenn alle Beteiligten bereit sind Abstriche in Kauf zu nehmen, um für eine moderne und
191den Umständen der Globalisierung angegliche Schule eintreten.